

Verehrte Leserschaft,

was ist hier nur los?

Ich bekomme Mails aus England in denen es heißt, das Beste wäre, Deutschland entsage dem Euro, damit die EU eine Chance hat. Zu dieser Aussage stehen auch die Verfasser. Selbst in polnischen Zeitungen steht es so zu lesen, aber mit zukunftsdräuendem Verweis auf dann entgangene Gelder. Sollte ich jetzt empfehlen, doch besser ausländische Medien zu konsumieren, um einen anderen Blickwinkel auf die uns betreffenden Informationen zu bekommen? Mit verkrampfter Vehemenz versuchen da Merkel und Schäuble dem hamsterradbetriebenen bundesdeutschen Schlafwagenabteil die ESM-Zippel bis zum Kinn über die Augen zu ziehen.

Wie gut, dass man im Abteil zwischen Garmisch und Flensburg gerade über die Bundesliga-vorbereitung für Samstag stolpert, von GZSZ weich auf DSDS prallt, sich staubabwedelnd an Friedmann, Nachrichten und Kronzuckers n24 Größenwahnverbrecherdokus mit Unternehmer-raus-aus-Deutschland-Marketing vorbeischlängelt und doch endlich auf den wohlverdienten pilshaltigen Samstagsevent zielstrebig ansetzen kann. Also, os jeht et do joht, odder?

Nun, ja! *Jedem ist es erlaubt zu denken, den meisten bleibt's erspart*, dies aus dem Munde von Curt Goetz erteilt, laufe ich nicht Gefahr gesagt zu bekommen: *dann fang' mal bei Dir selber an!* Oder, ich wag's mal!

Jetzt ließ mir dieses Merkel/ Schäuble Geheule um die unbedingte Rettung Europas keine Ruhe und ich traute mich, den MdB's meines Wahlkreises einen Brief zu schreiben. Vorausschickend an alle, ich liebe es, mit meinen Nachbarn in Europa freundschaftlich auf Augenhöhe zu verkehren. Ich werde gefragt, warum haltet Ihr Deutschen so am Euro fest? Ihr könnt das Gleiche doch auch ohne Euro erreichen! Ob Ihr nun RM, DM oder Euro habt, war doch für Eure Leistungskraft immer zweitrangig. Na, ja, sag' ich da, es ist wegen dem Frieden in Europa... Also, bekomme ich da zu lesen, der hängt doch von jedem einzelnen ab. Und außerdem, was taugt Frieden, der so lange wie das Geld reicht und nicht von der Arbeit abhängt?

Ich habe weise Freunde, auch im Ausland. Auf die bin ich stolz.

Jetzt will ich Merkel, Schäuble und besonders die Grünen, Linken und auch Gabriel nicht mehr verstehen. Ich bin dazu einfach nicht in der Lage, oder vielleicht doch, wenn ich anders herum denke? Warum denkt das Ausland anders, als wir denken sollen? Warum sagt Merkel, wenn wir Deutsche den Euro nicht retten, dann zerbricht Europa? Oder was sollte dann zerbrechen? Könnte es sein, dass die meisten von uns Deutschen aus deren Worte etwas anderes heraus verstehen, als gesagt wird? Sind da gar der verständigen Deutschen mittlerweile zu Viele? Oder noch zu Wenige?

Fakt ist erst einmal, dass der *hoheitlich* beschworene ESM – Kontrakt gezielt in das Vermögen und in den Besitz des einzelnen Menschen eingreift, ja auch in den des einzelnen Bundesbürgers. Richtig, ich ließ den Begriff *Eigentum* außen vor. Warum?

Nun, mit dem Eigentum eines Deutschen ist es so eine eigene Sache, seit dem 18.09.1944. An diesem Tage verkündete Eisenhower die Besetzung und Beschlagnahme Deutschlands. Am Morgen desselben Tages ging ein US-Spähtrupp bei Trier über die Sauer und gab den Anlaß zur Proklamation der SHAEF-Gesetze. Das regelt Gesetz - Nr. 52 für den gemeinen Deutschen in *Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen*. Hierzu wurde dann 1947 ergänzend die BK/O 47(50) vom Alliierten Kontrollrat erlassen.

Zu recht sollte man nach vorne schauen und nicht ewig gestrig sein, das sagen die Jungen (Hüpfer auf allen Parties und Events, die endlich Leben wollen und nicht fragen wovon). Wenn Du nicht weißt woher, dann fragst Du auch nicht nach dem Wohin!

Wohin führt das?

Nun, lassen Sie mich einmal querdenken, vielleicht ist es nicht neu, aber wenn es denn neu ist, dann betrete ich Neuland und da ist Irren erlaubt. So sagte immer mein nun alter Deutschlehrer am Gymnasium. Und da ich meine alte Lehrerschaft wirklich verehere, stelle ich weder Aufrichtigkeit noch Wahrheit dieser Worte in Abrede oder lasse diese zu.

Vor einiger Zeit wurde ich auf die Seite www.medinatweimar.org eines gewissen Ronen Eidelmanns aufmerksam gemacht. Der schlägt darin einen jüdischen Staat auf dem Gebiet des Bundeslandes Thüringen vor. Mit wenigen Worten ausgedrückt, versucht er damit mehrere Traumata zu lösen (mich

wunderte der Vorzug dieses Verbs anstelle *heilen*). U. a. das nicht geglückte Experiment Israels mit seinen unterdrückerischen und nazistischen Machenschaften, die deutsche Schuld, das noch nicht gelöste Problem der uneingeschränkt verbreiteten jüdischen Kultur als heilsbringende und harmonieverheißende Seligmachung der individuellen Selbstverwirklichung aller Menschen der Erde. Betonend verheißt er dann, dass seine Motivation eine antizionistische, antiorthodoxe und antiobrigkeitliche Einstellung sei und läßt allumspannend verschiedensprachige Menschen nach Thüringen ein.

Mir persönlich fehlte hier der Hinweis auf den Talmud, der überväterliche richtungsweisende und handlungsbegründende Kommentar zum Alten Testament.

Das finde ich persönlich schlecht propagiert. Warum, das möge jeder selber an der Quelle studieren. In jeder Glaubensrichtung (wobei ich eine Religionszugehörigkeit nicht als Volk oder Nationalität definiert zulasse!) kommen die unterschiedlichsten Strömungen vor. Etwa so, wie der alte Fritz von uns Krefeldern sagte, *es gibt Gute, es gibt Böse, es gibt aber auch Krefelder* (der wusste aus erster Hand wovon er sprach). So gibt es auch in dieser Glaubensrichtung Menschen, die nicht das sagen, was sie meinen und nicht das meinen, was sie sagen.

Mich irritiert das fehlende Impressum dieser Seite. Mich interessiert die Bürostelle im jüdischen Museum in Berlin, die Aufnahmeanträge zur Unterstützung des Vorhabens bereithielt oder –hält, die Medienkampagne dazu in *Welt-online* z. B. oder auch die m. E. sehr gut aufgemachte Marketing-Unterstützung durch die website www.wordpress-hate.mag.com (*HATE. Magazin für Relevanz und Stil*).

Unter anderem gibt es da ein Video, das eine alte Dame zu Wort kommen läßt. Diese gibt Ihre Unterstützung und volles Votum an Eidelmanns Ansinnen, es dürfe sie nur nichts kosten. Diese Videos scheinen in aller Welt aufgenommen worden zu sein. Außer dieser älteren Dame gaben dort aber nur relativ junge Menschen Ihr Bestes zur Äußerung.

Mich berührt jetzt die Frage ungemein, was hätten BRD – Behörden mit einem Pendant Eidelmanns angestellt, wenn dieser zur Heilung des deutschen Traumas das Deutsche Kaiserreich von 1871, oder das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31.12.1937, oder evt. nur eine kleine autarke Gebietskörperschaft mit voller Anerkennung gefordert hätte?

Die dann z. B. Recht und Ordnung im Sinne einer direkt demokratisch angenommenen Verfassung oder Satzung anerkennt und danach handelt, die strikt die Gewaltenteilung einhält, die dem Beamten das volle Recht auf sein Amt gibt, ohne dass er ständig in Gefahr ist durch § 839 u. § 823 BGB auf Grund seit 14.01.1982 fehlender Staatshaftung sein Alles zu verlieren. So dass der Mensch im Bürger gemäß seiner Berufung, ob als Arbeiter, Unternehmer, Freischaffender oder Beamter, einer frei- und selbstbestimmenden und –bestimmten Schutzgemeinschaft angehört, die eingedenk des politischen Testamentes des Alten Fritz über das Glück ihrer gemeinschaftlichen Mitglieder wacht. Die bildet, die setzt Respekt als Tugend über die Schaffung von Grenzen, die Toleranz ihrer wahren und ureig'nen Bedeutung zuführt und nicht mit dem erzwungenen Einstauben der Knie gleichmacht.

Benötigt ein respektierter Souverän einen StGB §130, um Bildung von einer – bis 2017 mit Option auf weitere 100 Jahre – verschlossenen Wahrheit fernzuhalten? Toleranz ist keine erlernbare Tugend, sie ist eine Gnade. Die Geschichte als Lehrstoff für das Leben aufzubereiten bedarf hier eigentümlicherweise eines aufwändigen Marketings.

Und so empfinde ich Eidelmanns Pamphlet. Was irritiert? Keiner dieser all zu jungen Menschen hat irgendwie an den Aufbauten in Thüringen gearbeitet und fordert es im Handstreich als sein Eigentum, Besitz oder Vermögen – und es darf nichts kosten! Aber ein ganzer Haufen Menschen, voll des Guten, lobhuddeln diesem Ansinnen ob der grandiosen und endlich fälligen Idee. Mich schlägt's hier mächtig ins Kreuz! Hier ist klar bewiesen, was die Spreu von Weizen trennt: schlichtweg Arbeit, Aufrichtigkeit und Sinn für den Mitmenschen. Eidelmanns Vorschlag trifft das Gegenteil: Faulheit, Falschheit, Feindschaft – untauglich für jede Gesellschaft oder Gemeinschaft.

Heute wissen wir, dass aus allem ein Marketing-Projekt entwickelt werden kann. Wenn's erlaubt ist: aber nicht jeder weiß, dass heute nichts von dem so drinnen ist, wie's auf der Verpackung steht! Wer würde da noch kaufen oder abkaufen?

Genau das ist der ESM – Kontrakt. Spannen wir den Bogen. Warum SHAEF, warum Eidelmann, warum BRD, warum EURO?

Gerade Thüringen ist von einer Welle der Zwangsenteignungen und –versteigerungen heimgesucht, oft aus Anlässen von wenigen Euros. Auffallend viele Häuschen wechseln dann den Eigentümer und werden sehr oft mit wenigen Euros in bar bezahlt. Wenn denn nun bald die Bundesregierung durch

den ESM dazu aufgefordert wird, schnell Geld an die EU zu zahlen, könnte dieses Geld z. B. aus Zwangseinträgen bei Grundeigentümern herbeigeführt werden. Geht nicht? Dann mal: § 54 GBO.

Wenn's denn nicht anders geht, um Ruhe zu haben und weiter Bundesliga schauen zu können, oder besser noch dann zur Miete wohnen zu wollen (ist das besser?), dann macht man mit, dann lässt man sich d'rauf ein und ist eben still. Nur eine kleine Kapitulation mehr bis auf dem Weg zu den staubigen Knien. Ich sage Euch offen, dass auch ich nicht ohne Angst bin. Aber wovor soll ich mehr Angst haben? Wie weit reicht die Angst? Ich möchte Zuversicht, Freude, Glück, Liebe und Freundschaft; und das auch für meine Familie und meine Nachbarn. Sie auch? Dann sind wir schon mehr als einer, zwei, drei, ...

Die GBO gehörte zur freiwilligen Gerichtsbarkeit. Freiwillig und: gehörte. Es ist aufgehoben.

Weiterhin ist mit dem Bundesbereinigungsgesetz Teil I am 29.11.2007 zu Bonn in Blatt 2614 in *Artikel 4 Gesetz zur Bereinigung von Besatzungsrecht*, § 2 ausgegeben worden: Aufgehoben werden die Gesetze zur Aufhebung des Besatzungsrechtes (erstes 1956, zweites 1956, drittes 1958 und viertes 1960).

Laut § 1 bleibt bestehen das Arbeitsgericht als durch den Alliierten Kontrollrat zugelassenes Gericht (Funktion: Staatsgericht).

Deshalb gilt für jeden Richter, Staatsanwalt, Notar und Rechtsanwalt seit dem 29.11.2007 unabdinglich gemäß SHAEF-Gesetz Nr. 2, Artikel V - **Befähigung der Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte**:

8. Niemand ist befähigt als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt zu amtieren bis er den folgenden Eid leistet:

Eid

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, daß ich die Gesetze jederzeit zu niemandes Vorteil und zu niemandes Nachteil, mit Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber jedermann, ohne Rücksicht auf Religion, Rasse, Abstammung oder politische Ueberzeugung, anwenden und handhaben werde; daß ich die deutschen Gesetze und alle Rechtsvorschriften der Militärregierung sowohl ihrem Wortlaute als auch ihrem Sinne befolgen werde; und daß ich stets mein Bestes tun werde, um die Gleichheit aller vor dem Gesetze zu wahren. So wahr mir Gott helfe!“

Wer diesen Eid schwört, ist nicht mehr an früher von ihm geleistete Diensteide gebunden.

So! Berlin gehört laut Viermächteabkommen nicht zur BRD und hat einen fortwährenden Sonderstatus. ESM usw. werden aber in Berlin vom Bundestag entschieden. Also auf einem Boden, der nicht für die BRD gültig ist; von gewählten Mandatsträgern, für die diese Entscheidungen nicht gelten, weil sie diese nicht im vermeintlichen Rechtsraum der BRD sondern in einem Rechtsraum mit Sonderstatus getroffen haben. Diese Entscheidung geben sie weiter in den angenommenen Rechtsraum und werden sich danach auf §37 Parteiengesetz i. V. mit § 54 BGB berufen und jede Haftung abstreiten, da sie nicht anders gehandelt haben als ein Karnevalsverein – nur nicht so lustig. Dann mal Helau. Ist das dann alles verabschiedet, wird es zu Bonn herausgegeben, weil Bonn die Bundeshauptstadt ist – der BRD. Berlin ist „nur“ die Hauptstadt. Wovon? Mit Sonderstatus? Mal schauen, was könnte das sein?

Es ist schon ein merkwürdiges Kasperltheater, das irgendjemandem schon nutzen wird. Nur nicht dem, der in Bequemlichkeit rechtschaffend über sein vergnügliches Dasein in der BRD zwischen Bunte, Bild, WZ, RP, Alles was zählt, Tine Wittler, Pleiten, Pech und Pannen, lecker Essen und – natürlich Bundesliga (Mann, guck' ich doch schon lange nicht mehr und bei Bild les' ich nur den Sportteil!) und ganz wichtig – Baumarktkatalog. Für uns andere ist's eh unbequem, denn wir haben zu tun.

Man liest allenthalben immer seltener Bundesrepublik Deutschland, dafür immer öfter den „Begriff“ Deutschland. Was ist das, Deutschland? Wir reden über SHAEF, ESM, BRD, nicht wahr?

Im SHAEF - Gesetz Nr. 52, Artikel VII – Begriffsbestimmungen - steht geschrieben:

e) „Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

Das beschreibt den offiziell genannten Sonderstatus Berlins, der offiziell nirgends anders erläutert ist

Weiter heißt es im **SHAEF – Gesetz Nr. 52, Artikel VIII – Strafen** (und da gibt es nur 10.tens!):

10. Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieses Gesetzes wird nach Schuldigsprechung des Täters durch ein Gericht der Militärregierung nach dessen Ermessen mit jeder gesetzlich zulässigen Strafe, einschließlich der Todesstrafe geahndet.
Ja, und so sehen die Punkte 9. a) – d) des Artikel VII, Gestz-Nr. 52 aus:

9. Für die Zwecke dieses Gesetzes gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

a) „Personen“ bedeutet jede natürliche Person, jede Gesamthandsgemeinschaft und jede juristische Person des öffentlichen oder privaten

Rechts, die gesetzlich fähig ist, Vermögen oder Vermögensrechte zu erwerben, zu benutzen, in Kontrolle zu nehmen oder darüber zu verfügen.

b) „Geschäftliches Unternehmen“ bedeutet jede Einzelperson, Offene Handelsgesellschaft, Vereinigung, Körperschaft oder sonstige Organisation, die ein Handelsgeschäft oder ein sonstiges Geschäft betreiben oder öffentliche Wohlfahrtstätigkeit ausüben.

c) „Vermögen“ bedeutet jedes bewegliche und unbewegliche Vermögen sowie alle gesetzlichen und auf Recht und Billigkeit beruhenden und wirtschaftlichen Eigentumsrechte und Interessen oder gegenwärtige oder zukünftige Ansprüche auf Ueberlassung von Vermögen und schließt insbesondere die folgenden Gegenstände ein, ohne daß diese Aufzählung erschöpfend ist: Grund und Boden, Gebäude, Geld, Aktien, Wertpapiere, Patentrechte, Gebrauchs- oder Lizenzrechte, sonstige Eigentumsurkunden, Schuldverschreibungen, Bankguthaben, Ansprüche, Verbindlichkeiten, andere Schuldurkunden, Kunst- und Kulturgegenstände.

d) Ein „Staatsangehöriger“ eines Staates oder einer Regierung bedeutet, ein Untertan oder Staatsbürger sowie eine Personengesellschaft, Handelsgesellschaft, eine Körperschaft oder sonstige juristische Person, die auf Grund der Gesetze eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung besteht oder in dem Gebiet eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung eine Hauptniederlassung hat.

Das heißt mal im Klartext, das seit 29.11.2007 alle diejenigen, die auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, Stand 31.12.1937, wohnen, Deutsche Staatsbürger sein könnten, wenn diese den Nachweis erbringen nach Staatsangehörigkeitsgesetz (Urkunde erwerbbar für € 25) können. Auch wenn Sie allein dadurch Untertan sind, indem sie Angehörige oder Personal einer der oben aufgeführten Rechtssubjekte sind. Gerade dann, wenn diese im Handelsregister eingetragen ist. Kennen Sie eine unter HRB 51411 beim Amtsgericht Frankfurt/ Main? Oder eine, die letztes Jahr offiziell als Nichtregierungsorganisation mit einer Geschäftsführerin Angela Merkel bezeichnet wurde?

Ich weiß z. B., dass die Schlesier sich immer weiter offen als Deutsche bezeichnen und viele sich bereits aus dem „Wiedervereinigungsdeutschland „ zurückziehen in ihre Heimat. Wußten Sie, dass es in Schlesien eine starke Autonomiebewegung gibt, die sich von Polen loslösen will? Als Grundlage dazu dienen eine tiefe Verbundenheit zur deutschen Geschichte, Tradition und Haltung.

Demnach ist das Gebilde BRD, bewiesen durch Sonderstatus Berlin und den darin handelnden Personen als Mandatsträger für die Personen (juristische) der BRD durch die Rückführung in das Besatzungsrecht, aufgehoben. Verfolgt man die Bereinigungsgesetze 2007, 2009, 2010 dann deutet mir, macht Eidelmann mit seinem www.medinatweimar.org dem Inhalte nach etwas Verwerfliches, der Sache nach aber etwas rechtlich Richtiges: er erhebt Anspruch auf einen Verwaltungsraum innerhalb der SHAEF-Gesetze. Und ob es dann noch zu einem jüdischen Deutschland oder Thüringen kommen könnte, ist auch noch den Alliierten überlassen. Denn die können nach SHAEF-Gesetz immer noch die endgültigen Grenzen Deutschlands oder eines Teiles davon festsetzen.

Es scheint so, als fühlten sich die Führung der BRD, deren Amtorgane oder Ordnungsorgane befleißigt, den Herrn Eidelmann gewähren zu lassen. Denn diese website existiert nicht erst seit gestern. Aber dafür fand sie just nach den Bereinigungsgesetzen von 2007 ihre Heimat im www.

Was tun wir? Bundesliga, GZSZ ...? Oder was?

Wenn die Bereinigungsgesetze aber noch bis vor den 30. Januar 1933 wirken, dann haben wir Deutschen oder die BRD (dann wäre zu klären, gerade wenn das BRD Verfassungsgericht am 12.10.1973 erklärt hat, die BRD sei nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, ob es für jeden

urkundlichen Deutschen gilt – meiner Meinung nach, ja) die Reparationen des WK I. offiziell zurückgezahlt, lt. BRD – Regierung.

Immer mit der Frage verbunden, bis wohin können BRD – Gesetze greifen?

Auf alle Fälle haben sie keine Gültigkeit im Staatenrecht. Denn weiter oben hatten wir ja gesehen, dass Handelsrecht propagiert wird. Und natürlich Privatrecht, soviel wie sich jeder mit Papiergeld kaufen kann – der eine mehr, der andere weniger.

Und so spielt sich vieles in unserem schönen Lande seitens der BRD-Obrigkeit –unbeachtet seitens des alliierten Kontrollrates und dessen tatsächlich vorhandenen weisungsgebenden Beobachtungs- und Eingreiforganen- gerade ohne Rechtsgrundlage ab.

Liebe Mitbürger, ob in Uniform oder Zivil, in erster Linie haben wir alle eine Verpflichtung. Gegenüber unserem Volk, denn das ist in Deutschland der Souverän. Wer das nicht weiß, der ist ständig falsch informiert. Wer bezweifelt, dass das Volk nicht nur sein Dienstherr, sondern auch seine Schutzgemeinschaft ist, dessen Amt bewegt sich nicht auf verantwortungsbewusstem Terrain.

Wer nur seinen Job macht, ist weder des Lohnes noch des Schutzes wert. Wer seine Berufung so ernst nimmt, dass sie ihm Arbeit und Brot gibt und dem anderen Nutzen, der ist jeder Gemeinschaft in Würde willkommen.

Freie Beweglichkeit für Gebietskörperschaften auf Mitteilung an den Alliierten Kontrollrat unter Beachtung von SHAEF begründet auf direkter Demokratie. Verbot von Gebietskörperschaften, -staaten begründet auf Religionszugehörigkeit oder Handelsrecht.

Und dazu als Abspann mein Beitrag zur ESM – Menagerie an die Herren Scheelen (SPD), Heveling (CDU) und Fricke (FDP - ohne Antwort).

Antwort, Rückantwort.

Ich darf davon ausgehen, dass eine Verabschiedung des ESM – Kontraktes an die BRD – Bundesbürger oder alle auf dem ehemaligen Reichsgebiet wohnenden Menschen ein Vertragsangebot ist.

Dann lehne ich ab, denn mit Staatenrecht und rechtsschaffender Staatsgemeinschaft hat das nichts zu tun.

Hierzu gebe ich öffentlich bekannt, dass ich für bestehende und neue Verpflichtungen – wirtschaftlich, handelsrechtlich, historisch und politisch – bezüglich BRD oder Deutschland mit all den dazu bezogenen Organen im Inneren sowie im Äußeren, ebenso auf Grund von allen Aktivitäten im In- und weltweitem Ausland nicht mehr aufkomme. Ich lehne es ab, im Sinne von Frau Merkel für die Menschen in unserem Lande und für Europa tätig zu sein. Denn der ist gegen das Lebensglück aller im Allgemeinen und im Besonderen, in Deutschland wie auch in Europa mit einer unglücklichen Signalwirkung für die Menschen in aller Welt.

Menschenrecht, Völkerrecht und das BGB im hergebrachtem Sinne, ja selbst das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ und eine aufrechte Haltung erlauben jeder Person jeglichen Rechtskreises, Frau Merkels Ansinnen nicht zu folgen.

Herz und Verstand in die Hand

Herzlichst

Bernhard Klapdor

bk@klapdor-consult.de

Krefeld, 22.09.2011

An: Herrn Bernd Scheelen
MdB/ SPD
Südwall 38, 47798 Krefeld

Von: Bernhard Klapdor
Donaustr. 37, 47809 Krefeld

Fax: **02151/ 52 47 52 1** Seiten: **2**

Telefon: **02151/ 52 47 52 0** Datum: **31.08.11**

Betreff: **ESM - Pakt** CC:

Dringend Zur Erledigung Zur Stellungnahme Zur Kenntnis Mit Dank zurück

Sehr geehrter Herr Scheelen,

dieses an Sie gerichtete Schreiben ist gleichzeitig der Öffentlichkeit überregional zugänglich gemacht worden. Zu diesem Schreiben sehe ich mich aus ernster Sorge um das Wohl des Ganzen veranlasst.

Es ist offensichtlich und offenkundig, dass die allumfassend beworbenen Rettungsaktionen für den Euro als Stabilitätsmechanismus nicht das Ziel haben, den europäischen Menschen insgesamt und als Einzelnen, eine Hilfestellung oder gar eine Rettung zu bringen. Zu einer Besserung wird auch nicht der von Frau Merkel und Herrn Schäuble propagierte ESM – Stabilitätspakt beitragen – aber zu einer herausragenden Verschlechterung.

Ferner ist offenkundig, dass diese hier beworbene Krise von benennbaren Bank- und Finanzinstituten in enger Verflechtung mit weltumspannenden Konzernen ausgeht und ausgegangen ist. Die dazu nötigen Instrumentarien werden ständig per Gesetz oder AGB'n derartig ausgestaltet, dass normal arbeitende Menschen (Mittelstand eingeschlossen) in Abhängigkeiten geraten sollen, die denselben ein Lebensglück verwehren. Gleichzeitig wird das geschuldete Kapital diesen Banken von der Politik angeboten und auch zugesprochen.

An dieser Stelle verwahre ich mich dagegen, dass mit dem Finger auf die Banken in Deutschland gezeigt wird, um vorzugeben (wie unlängst Mr. Gordon Brown), dass wir Deutsche als Volk an der weltweiten und der europäischen Situation eine erhebliche Mitschuld tragen. Auf Grund der Kapitalverflechtung sind diese Banken und Konzerne von der Haltung her weder deutsch noch stabilisierend.

Gibt es aus Ihrer Sicht irgendeinen Grund, der gegen das Lebensglück eines Menschen, insbesondere eines Deutschen von Geburt her, spricht?

Falls dieser Grund im Ermessen Ihrer persönlichen Situation liegen sollte, teilen Sie es öffentlich mit und legen Sie Ihr Mandat anständig nieder.

Bezugnehmend auf den § 37 Parteiengesetz in Verbindung mit § 54 BGB darf sich jeder, insbesondere der von Geburt her Deutsche, auf Grund der derzeitige erzeugten politischen Situation unter Berücksichtigung des Art. 20,4 GG von dieser nicht nur distanzieren. Gleichzeitig darf er, entsprechend dieser Situation, die rechtliche Grundlage der politisch handelnden Personen und Mandatsträger in Frage stellen, da durch die hier beschriebene Situation eine flächendeckende Zwangsentziehung betrieben werden soll und betrieben wird. Gerade in Hinblick auf die fehlende Position der Menschenrechte innerhalb der politischen Situation Deutschlands.

Der maßgebliche Initiator des Art. 20,4 GG, Herr Dr. Paul Hubert Even, hat mir persönlich ausdrücklich bestätigt, dass dieser Artikel im parteiübergreifenden Konsens im Grundgesetz

31. August 2011

Aufnahme fand. Dazu seine Rede im Bundestag vom Juni 1967. Die Billigung des Alliierten Kontrollrates dafür war und ist gegeben.

Ein zustimmendes Verhalten zum ESM – Stabilitätspakt bedeutet u. a., dass die Haftung der Durchführung nach § 839 BGB (Amtshaftung) in Verb. mit Art. 34 GG (Amtshaftung) in Verb. mit § 5 VStGB (Verjährung) auf Grund seit 1982 fehlender Staatshaftung in der Tatsache jeweils auf die initiiierende und ausführende Person, als juristische und natürliche als solche – somit auf jede verbeamtete, angestellte Person des öffentlichen Dienstes und jedes dafür zweckgebunden eingesetzten Unternehmen und deren Erfüllungshelfenden in persona – in die vorsätzliche oder fahrlässige haftende Handlung gemäß § 823 BGB übergeleitet wird. Die Rechtsstellung der Mandatsträger ist dabei unstrittig und eindeutig als initiiierende Person ausgewiesen.

Ich fordere Sie als gewählten Mandatsträger ausdrücklich auf, gegen den oben genannten ESM – Pakt zu stimmen und auch öffentlich dagegen einzutreten.

Mit freundlichen Grüßen



Bernhard Klapdor



Bernd Scheelen

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Unterausschuss
Kommunales

Bernd Scheelen, MdB · Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn

Bernhard Klapdor

Donaustraße 37

47809 Krefeld

Berlin, 9. September 2011

Sehr geehrter Herr Klapdor,

Sie fordern mich auf, gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu stimmen. Prinzipiell befürworte ich den ESM, aber die Diskussionen darüber sind längst noch nicht abgeschlossen. Aktuell geht es im Bundestag um Änderungen am „Stabilisierungs-Mechanismus-Gesetz“ oder kurz ein zweites Griechenland-Hilfspaket.

Frankreich hat dem zweiten Hilfspaket vorgestern im französischen Parlament zugestimmt. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Bundestagsfraktion gehe ich davon aus, dass auch wir der Griechenland-Hilfe am 29. September zustimmen werden.

Sie formulieren, dass die Krise von Bank- und Finanzinstitutionen ausgeht. Dem gegenüber tut die Bundeskanzlerin so, als seien die Staatsschulden allein durch falsches Regierungshandeln entstanden. Die Staatsschulden sind aber ganz wesentlich, wie Sigmar Gabriel es gestern ausgedrückt hat, „durch den Verlustsozialismus des Bankensektors entstanden.“ Das entbindet uns aber nicht von der Notwendigkeit zu handeln. Es geht darum, dass aus der Finanzmarktkrise am Ende keine Krise der Demokratie wird. Wir wollen

Büro im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
+49 (0) 30 - 22 77 39 75
Fax (0) 30 - 22 77 69 75
berlin@berndscheelen.de

Büro in Krefeld
Südwall 38
47798 Krefeld
+49 (0) 21 51 - 31 96 40
Fax (0) 21 51 - 39 44 12
krefeld@berndscheelen.de

Büro im Rhein-Kreis Neuss
Bommershöfer Weg 5
40670 Meerbusch
+49 (0) 21 59 - 91 17 83
Fax (0) 21 59 - 91 13 69
rheinkreis@berndscheelen.de

www.berndscheelen.de

wirtschaftlichen Erfolg wieder mit sozialer Verantwortung und sozialer Sicherheit verbinden.

Dazu fordern wir insbesondere, dass die Finanzmärkte besser reguliert und Risiko und Haftung bei den globalen Finanzmärkten besser verschränkt werden. Es muss darum gehen, die Gläubiger an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen. Union und FDP wollen hingegen weiter die Finanzmärkte schonen. Aus den Regierungsparteien kommen nur Sparappelle oder Vorschläge, was alles zu verkaufen sei. Der Abbau der Staatsschulden muss aber begleitet werden durch starke Wachstumsimpulse. Griechenland muss als Staat handlungs- und investitionsfähig sein, um selbst zum Wirtschaftswachstum beitragen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Scheelen

Bernhard Klapdor
Donaustr. 37
47809 Krefeld

B. Klapdor Donaustr. 37 47809 Krefeld

Herrn
Bernd Scheelen MdB
Südwall 38
47798 Krefeld

22.09.2011

Ihr Antwortschreiben vom 09.09.2011 – Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Sehr geehrter Herr Scheelen,

der Beschreibung in Ihrem Antwortschreiben entnehme ich, dass die derzeitig von Politikern propagierte, durch Journalisten verbreitete, mittels Expertentum begründete und von Finanzinstrumentalisten lächelnd anerkannte Wahrnehmung der Demokratie schlechthin Krise des vokabularen Verständnisses bedeutet.

Der ESM bewahrt und bewehrt althergebrachte Mechanismen, die der historisch und zeitpolitisch geschulte Entscheidungsträger aus zeitnahen Beschreibungen sozusagen als Katechismus unter dem Kopfkissen trägt. Mechanismen, die zu keiner Zeit einer Staatsgemeinschaft weitergeholfen haben, die eher dahin führen, was den wählenden Bürgern seit mehreren Generationen als abgeschafft gilt – die Leibeigenschaft.

Leibeigenschaft bleibt seiner Bedeutung treu, unabhängig von der Eignerschaft eines Feudalherren oder privat ausgerichteten Gläubigern. So verträgt sich Leibeigenschaft nicht mit der Souveränität. Hiermit ist der als Souverän auftretende in der Pflicht. Der Pflicht wohnt der Erfüllungswille inne. Es ist eine sich aufstellende und gewählte Pflicht vor dem Hintergrund des Mandatgebers.

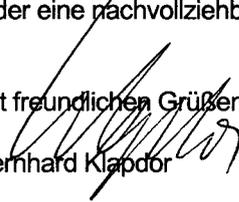
Die Situation verlangt nach souveräner, mutiger und verpflichtender Entscheidung. Als souverän kann ich die Äußerungen Sigmar Gabriels „durch den Verlustsozialismus des Bankensektors entstanden“ nur dann werten, wenn sie kein Schlagwort der Polemik sind und richtig verstanden werden.

Allerdings erinnere ich an den Landesparteitag Ihrer Partei vom 27.02.2010 in Dortmund, auf der Sigmar Gabriel sagte „Ich sage Euch, wir haben gar keine Bundesregierung, wir haben – Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland!“ Diese Worte wurden unter tosendem Beifall aufgenommen. Der vorhergehende Kontext war nicht an diese Aussage gebunden.

Können Sie mir erklären, was das für den normalen Bürger heißt und bedeutet? Und wenn Sigmar Gabriel diese Nichtregierungsorganisation kritisiert, warum gibt Ihre Partei denn die Unterstützung bezüglich des ESM an Frau Merkel?

Haben Sie für die Menschen, die Ihnen Ihr Mandat angetragen haben, einen nachvollziehbaren Vorschlag? Oder eine nachvollziehbare Beschreibung? Ohne Konjunktiv, ohne Kausalitäten? Fällt's schwer?

Mit freundlichen Grüßen


Bernhard Klapdor

An: Herr Ansgar Heveling
MdB/ CDU
Carl-Wilhelm-Str. 30 – 32, 47798 Krefeld

Von: Bernhard Klapdor
Donaustr. 37, 47809 Krefeld

Fax: **02151/ 52 47 52 1** Seiten: **2**

Telefon: **02151/ 52 47 52 0** Datum: **31.08.11**

Betreff: **ESM - Pakt** CC:

Dringend Zur Erledigung Zur Stellungnahme Zur Kenntnis Mit Dank zurück

Sehr geehrter Herr Heveling,

dieses an Sie gerichtete Schreiben ist gleichzeitig der Öffentlichkeit überregional zugänglich gemacht worden. Zu diesem Schreiben sehe ich mich aus ernster Sorge um das Wohl des Ganzen veranlasst.

Es ist offensichtlich und offenkundig, dass die allumfassend beworbenen Rettungsaktionen für den Euro als Stabilitätsmechanismus nicht das Ziel haben, den europäischen Menschen insgesamt und als Einzelnem, eine Hilfestellung oder gar eine Rettung zu bringen. Zu einer Besserung wird auch nicht der von Frau Merkel und Herrn Schäuble propagierte ESM – Stabilitätspakt beitragen – aber zu einer herausragenden Verschlechterung.

Ferner ist offenkundig, dass diese hier beworbene Krise von benennbaren Bank- und Finanzinstituten in enger Verflechtung mit weltumspannenden Konzernen ausgeht und ausgegangen ist. Die dazu nötigen Instrumentarien werden ständig per Gesetz oder AGB'n derartig ausgestaltet, dass normal arbeitende Menschen (Mittelstand eingeschlossen) in Abhängigkeiten geraten sollen, die denselben ein Lebensglück verwehren. Gleichzeitig wird das geschuldete Kapital diesen Banken von der Politik angeboten und auch zugesprochen.

An dieser Stelle verwehre ich mich dagegen, dass mit dem Finger auf die Banken in Deutschland gezeigt wird, um vorzugeben (wie unlängst Mr. Gordon Brown), dass wir Deutsche als Volk an der weltweiten und der europäischen Situation eine erhebliche Mitschuld tragen. Auf Grund der Kapitalverflechtung sind diese Banken und Konzerne von der Haltung her weder deutsch noch stabilisierend.

Gibt es aus Ihrer Sicht irgendeinen Grund, der gegen das Lebensglück eines Menschen, insbesondere eines Deutschen von Geburt her, spricht?

Falls dieser Grund im Ermessen Ihrer persönlichen Situation liegen sollte, teilen Sie es öffentlich mit und legen Sie Ihr Mandat anständig nieder.

Bezugnehmend auf den § 37 Parteiengesetz in Verbindung mit § 54 BGB darf sich jeder, insbesondere der von Geburt her Deutsche, auf Grund der derzeitige erzeugten politischen Situation unter Berücksichtigung des Art. 20,4 GG von dieser nicht nur distanzieren. Gleichzeitig darf er, entsprechend dieser Situation, die rechtliche Grundlage der politisch handelnden Personen und Mandatsträger in Frage stellen, da durch die hier beschriebene Situation eine flächendeckende Zwangsenteignung betrieben werden soll und betrieben wird. Gerade in Hinblick auf die fehlende Position der Menschenrechte innerhalb der politischen Situation Deutschlands.

Der maßgebliche Initiator des Art. 20,4 GG, Herr Dr. Paul Hubert Even, hat mir persönlich ausdrücklich bestätigt, dass dieser Artikel im parteiübergreifenden Konsens im Grundgesetz

31. August 2011

Aufnahme fand. Dazu seine Rede im Bundestag vom Juni 1967. Die Billigung des Alliierten Kontrollrates dafür war und ist gegeben.

Ein zustimmendes Verhalten zum ESM – Stabilitätspakt bedeutet u. a., dass die Haftung der Durchführung nach § 839 BGB (Amtshaftung) in Verb. mit Art. 34 GG (Amtshaftung) in Verb. mit § 5 VStGB (Verjährung) auf Grund seit 1982 fehlender Staatshaftung in der Tatsache jeweils auf die initiiierende und ausführende Person, als juristische und natürliche als solche – somit auf jede verbeamtete, angestellte Person des öffentlichen Dienstes und jedes dafür zweckgebunden eingesetzten Unternehmen und deren Erfüllungshelfenden in persona – in die vorsätzliche oder fahrlässige haftende Handlung gemäß § 823 BGB übergeleitet wird. Die Rechtsstellung der Mandatsträger ist dabei unstrittig und eindeutig als initiiierende Person ausgewiesen.

Ich fordere Sie als gewählten Mandatsträger ausdrücklich auf, gegen den oben genannten ESM – Pakt zu stimmen und auch öffentlich dagegen einzutreten.

Mit freundlichen Grüßen



Bernhard Klapdor



Ansgar Heveling
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 111
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 0 30 / 227 – 71 035
Fax: 0 30 / 227 – 76 235
ansgar.heveling@bundestag.de

Wahlkreisbüro Krefeld
Carl-Wilhelm-Str. 30-32
47798 Krefeld

Tel.: 0 21 51 / 81 98 - 80
Fax: 0 21 51 / 81 98 - 81
kleinheyer@ansgar-heveling.de

Wahlkreisbüro Rhein-Kreis Neuss
Meerbuscher Str. 10
40670 Meerbusch

Tel.: 0 21 59 / 69 56 66
Fax: 0 21 59 / 69 67 66
huetter@ansgar-heveling.de

www.ansgar-heveling.de

Ansgar Heveling MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn

Bernhard Klapdor

- per E-Mail -

9. September 2011

Sehr geehrter Herr Klapdor,

für Ihr Schreiben im Zusammenhang mit den anstehenden Entscheidungen des Deutschen Bundestages bezüglich der Euro-Stabilisierungsinstrumente bedanke ich mich sehr herzlich. Gerne nehme ich Ihnen gegenüber zu meiner Position in dieser Frage Stellung.

Bitte sehen Sie mir nach, dass ich hierzu etwas weiter aushole und einen über die aktuelle Krise hinausreichenden Kontext wähle. Ich bin der Auffassung, dass die jetzige Situation nur im Zusammenhang mit Entscheidungen und Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte beurteilt werden kann. Dementsprechend müssen tragfähige Konzepte für die Zukunft des Euro, die über kurzfristige Krisenbewältigung hinaus gehen, auf den Lehren aus den (Fehl-)Entwicklungen bis heute basieren.

Zunächst ist zu sagen: Die gegenwärtige Krise ist im Kern eine Staatsschuldenkrise und keine Währungskrise bzw. nur eine daraus abgeleitete Währungskrise. Sie hat sich nicht kurzfristig ergeben, sondern über einen langen Zeitraum aufgebaut. Die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre mag der entscheidende Zündfunke gewesen sein. Die



Ansgar Heveling
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 111
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

grundlegenden Ursachen stammen allerdings aus einer früheren Zeit. Und die Bundesrepublik ist dabei kein Musterbeispiel. 1969, also vor mehr als vierzig Jahren, wurde der letzte ausgeglichene Bundeshaushalt verabschiedet. Seitdem arbeiten alle staatlichen Ebenen „auf Pump“. Warnende Stimmen, dass eine ausufernde Staatsverschuldung nicht folgenlos bleiben wird, hat es bereits seit den 90er Jahren gegeben. Sie wurden indessen weltweit wenig beachtet. Die europäischen Länder haben ebenso wie die USA fleißig weiter Schulden aufgehäuft. Einige wenige Länder haben ab den 90er Jahren mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Ernst gemacht und eine nachhaltige Haushaltspolitik etabliert. Hierzu gehört unter anderem Schweden, das ab Anfang der 90er Jahre unter einem sozialdemokratischen Premierminister den Weg der Konsolidierung eingeschlagen hat. Sein damaliges Leitmotiv lautete: „Wer Schulden hat, der ist nicht frei.“ Heute müssen wir erleben, wie Recht er damit schon vor zwanzig Jahren hatte. Summa summarum bekommen wir heute – salopp gesagt – die Rechnung für die ungedeckten Wechsel präsentiert, die von allen europäischen Staaten und den USA seit einer Generation ausgestellt wurden.

Des Weiteren ist die Bundesrepublik Deutschland unter den Euroländern der Staat, der als erstes mit schlechtem Beispiel voran gegangen ist. Das sollten wir bei der Abwägung zu den jetzt anstehenden Entscheidungen nicht vergessen. Fundamentales Element des Euro war der seinerzeit unter Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher und Finanzminister Waigel ausgehandelte Stabilitätspakt. Das erste Land, das den Stabilitätspakt gebrochen und gleichzeitig dafür gesorgt hat, wegen dieses Bruchs nicht zur Verantwortung gezogen zu werden, war die Bundesrepublik Deutschland – zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder. Wir haben es mithin den anderen Ländern vorgemacht, dass das Zuwiderhandeln gegen den Stabilitätspakt folgenlos bleibt. Was wir heute erleben, ist mithin der Fluch der bösen Tat.



Ansgar Heveling
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 111
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

Außerdem sind in der Vergangenheit ohne Frage Fehlentscheidungen bezüglich der Aufnahme von Mitgliedern in die Euro-Gemeinschaft getroffen worden. Griechenland war schon zum Zeitpunkt des Eintritts in den Euro nicht reif für die Mitgliedschaft.

Gleichwohl halte ich den Euro insgesamt für eine Erfolgsgeschichte. Der Euro ist eine stabile Währung nach innen und außen. Er ist wertbeständig und hat sich in den Jahren seit seiner Einführung positiv entwickelt. Die Inflationsentwicklung ist niedriger als zu Zeiten der D-Mark. Ich bin auch der Auffassung, dass uns in der Bundesrepublik der Euro mehr geholfen hat, erfolgreich aus der Krise zu kommen, als es mit der Deutschen Mark möglich gewesen wäre. Als exportabhängiges Land hätten wir wahrscheinlich mit der Bürde einer extrem starken D-Mark nach der Krise zu tun gehabt. Dies hätte der Konjunktur höchst wahrscheinlich geschadet. An den währungspolitischen Entscheidungen der Schweiz sehen wir jetzt, wie schnell sich eine starke Währung zu einem Problem entwickeln kann. Unabhängig von der Frage, welche systemischen Effekte ein Austritt Deutschlands aus dem Euro mit sich brächte, halte ich eine Rückkehr zur Deutschen Mark daher nicht für sinnvoll und ausgeschlossen.

Ich bin auch der Auffassung, dass derzeit die Anstrengung unternommen werden muss, den Euroraum zu erhalten. Wie bereits ausgeführt, halte ich einige der in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen unter Beteiligung der Bundesrepublik für falsch: die Aufnahme Griechenlands in die Euro-Gemeinschaft, den Bruch des Stabilitätspakts ohne Sanktion. Sie sind aber nun einmal getroffen worden, und haben den Währungsraum so entstehen lassen, wie wir ihn heute kennen. Die derzeitigen Spekulationen gegen einzelne Euroländer zielen gerade darauf ab, einige Länder aus dem Euro herauszuberechnen. Nach den Erfahrungen mit der Lehman-Pleite halte ich zum einen die vielfach geäußerte Sorge vor unkontrollierbaren Dominoeffekten für durchaus plausibel.



Ansgar Heveling
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 111
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

Die nicht kalkulierbaren Folgen bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone oder dem Ausfall eines Staates durch Zweit- und Drittrundeneffekte würden die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität aller europäischen Staaten und darüber hinaus der gesamten Weltwirtschaft gefährden. In der jetzigen ohnedies fragilen Situation wäre ein solches Experiment unverantwortlich. Zum anderen halte ich es für nicht vertretbar, den Spekulanten durch politisches Mittun auch noch in die Hände zu spielen.

Letzteres ist ein wichtiger Punkt für die Zukunft: Marktverhalten ist notwendig und richtig. Und Märkte brauchen auch Freiräume. Das steht für mich außer Frage. Aber Finanz- und Währungsmärkte, auch Rohstoffmärkte, dürfen sich nicht so von der Realwirtschaft abkoppeln, dass nur noch abstrahierte und – in schwindelerregende Höhen – abgeleitete „Produkte“ das Marktgeschehen beherrschen. Hier brauchen wir einen klaren Ordnungsrahmen. Ich sehe bedauerlicherweise, dass an den Finanzmärkten vielfach keine wirklichen Lehren aus den Geschehnissen der letzten Jahre gezogen wurden. Hier müssen wir uns auch klar von anglo-amerikanischen Sichtweisen abgrenzen. Gerade die Bundesrepublik ist derzeit ein Musterbeispiel: Der Weg aus der Krise basiert auf der Realwirtschaft. Mit der sozialen Marktwirtschaft haben wir auch eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die einen tragfähigen Ordnungsrahmen bereit hält: keine strangulierenden Fesseln für den Markt, aber auch keine entfesselten Märkte.

Das von den Staats- und Regierungschefs im Juli dieses Jahres beschlossene umfassende Maßnahmenpaket geht aus meiner Sicht einen tragfähigen Weg zur Lösung der Krise. Es besteht aus vier Teilen: Erstens weiteren Konsolidierungsanstrengungen Griechenlands und Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung, zweitens einer Erhöhung und Verlängerung des griechischen Kreditrahmens durch die Eurostaaten und den IWF, drittens der Verringerung der griechischen Schuldenlast



Ansgar Heveling
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 111
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

durch Beteiligung des Privatsektors und viertens der Flexibilisierung der Instrumente des Rettungsschirms, zum vorbeugenden Einsatz bei drohenden Ansteckungsgefahren für andere Länder der Eurozone. Der Eurozonengipfel hat damit ein klares Signal gesetzt, damit Griechenland zu nachhaltigem Wachstum und tragfähiger öffentlicher Verschuldung finden kann. Selbstverständlich ist unabdingbar, dass Griechenland und andere gefährdete Länder verbindlich Stabilisierungsmaßnahmen einleiten, so wie Portugal und Spanien es bereits getan haben.

Was leitet sich daraus nun für die bevorstehenden Entscheidungen ab?

Ich bin der Überzeugung, dass wir die Krise nicht lösen, wenn wir den Euro aufgeben. Genauso wenig ist die Lösung, andere Euro-Länder fallen zu lassen. Die Verflechtungen sind so eng, dass die Folgen nicht absehbar wären. Bedauerlicherweise sind bisher aus der gesamten Wissenschaft hierzu auch keine plausiblen Beurteilungen erfolgt. Mein Eindruck ist, dass die Experten außerhalb der Politik ebenso verunsichert sind wie die Politik selbst. Das Unwohlsein in der Bevölkerung kann ich daher verstehen.

Natürlich ist eine durch Garantien abgesicherte Euro-Stabilisierung auch mit vielen Risiken versehen. Davor möchte ich gar nicht die Augen verschließen. In der Abwägung erscheint mir der durch die Bundesregierung eingeschlagene Kurs aber so tragfähig zu sein, dass ich ihn auch politisch mittragen kann – jedenfalls dann, wenn für die Zukunft auch weitere stabilisierende Maßnahmen der Euroländer verpflichtend und sanktionsbewehrt festgelegt werden. Hierzu zählen beispielsweise die Einführung von Schuldenbremsen in den Verfassungen der Mitgliedstaaten. Hier haben wir in sehr kurzer Zeit auch schon einiges erreicht.

Bei allen Stabilisierungsmechanismen ist es für mich schließlich unabdingbar, dass eine ausreichende Parlamentsbeteiligung sichergestellt



Ansgar Heveling
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 111
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

ist, so wie es das Bundesverfassungsgericht auch gerade bestätigt hat. Das ist nicht einfach, da gegebenenfalls sehr kurzfristig weit reichende Entscheidungen getroffen werden müssen. Hier sehe ich aber durchaus Möglichkeiten: Wir in der christlich-liberalen Koalition diskutieren derzeit ein Stufenmodell, um eine angemessene Beteiligung sicher zu stellen. Auch wenn wir Parlamentarier uns bei den Entscheidungen sicherlich ebenso unwohl fühlen wie die Bevölkerung, ist es unabdingbar, dass wir die Verantwortung weiter unmittelbar in Händen halten und nicht substantiell weiter delegieren. Sonst droht nach der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Staatsschuldenkrise die Legitimations- und Demokratiekrise. Hier sind wir aber auf dem richtigen Weg.

Deshalb ist auch klar, dass Eurobonds nicht die Lösung der Probleme im Euro-Währungsraum sind. Wir werden auch weiterhin dafür einsetzen, dass aus der Währungs- keine „Transferunion“ entsteht. Denn der Euro ist Grundlage unseres eigenen Wohlstands. Die Antwort auf die Fehler von gestern kann nicht eine Rückabwicklung der europäischen Integration, sondern nur eine Anpassung und Fortentwicklung der Integration sein. Ich bin davon überzeugt, dass Deutschlands Zukunft sich nicht zuletzt an seiner Einbettung in ein funktionierendes Europa entscheidet.

Abschließend ist zu sagen: Anfang der zwanziger Jahre zur Zeit der Hyperinflation in Deutschland sowie Ende der zwanziger Jahre mit der großen Weltwirtschaftskrise hat es an aufeinander abgestimmtem Handeln der Staaten gemangelt– mit den allseits bekannten Folgen. Die Finanzkrise der letzten Jahre hat uns jedoch gezeigt, dass die Politik durch aufeinander abgestimmtes Handeln der Staaten eine Krise in den Griff bekommen kann. Auch mit Blick auf die Euro-Stabilisierung lässt sich das erkennen. Bei aller Sorge und bei allem Unwohlsein bezüglich der weiteren Entwicklung zeigt mir der Vergleich mit der Geschichte, dass wir, dass Europa, dass die gesamte Welt aus der Vergangenheit einiges gelernt hat.

Ich hoffe, Ihr Anliegen hiermit ausreichend beantwortet zu haben. Bei Bedarf sende ich Ihnen zur Klärung weiterer möglicher Fragen gerne eine ausführliche Information des Bundesfinanzministeriums zur Euro-Stabilisierung nach.

Mit freundlichen Grüßen



Ansgar Heveling MdB



Ansgar Heveling
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 111
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

Bernhard Klapdor
Donaustr. 37
47809 Krefeld

B. Klapdor Donaustr. 37 47809 Krefeld

Herrn
Ansgar Heveling MdB
Carl-Wilhelm-Str. 30 – 32
47798 Krefeld

22.09.2011

Ihr Antwortschreiben vom 09.09.2011 - Eurostabilisierungselemente

Sehr geehrter Herr Heveling,

vielen Dank für Ihre Antwort.

Auf sieben Seiten drücken Sie oberflächlich aus, dass Vieles hinsichtlich der Stabilitätsinstrumente noch zu besprechen sei. Inhaltlich sind Ihre Worte allerdings dahingehend zu werten, dass Sie den Vorgaben Frau Merkels zustimmen werden und das im Namen Ihrer Mitbürger, die zumindest bei der letzten Bundestagswahl für Sie gestimmt hatten.

Ich darf Ihren vielen Worten in Kürze entgegnen, dass Sie sehr viele allgemein gebräuchliche Parameter verwenden, die lediglich einer Entscheidung bedürfen. Nämlich die Eurozone zu verlassen, die Mitgliedschaft zur EU aufzukündigen, eine eigene staatlich kontrollierte Währung ohne Kreditvergabe privater Banken zu installieren. Zu freundlichen Beziehungen miteinander sind die normal arbeitenden Menschen und Unternehmer Europas selbstverständlich in der Lage. Es sei denn, es würde Ihnen wie unmündigen Kindern in Abrede gestellt.

Gerne zeige ich Ihnen meine Schlussfolgerung an Hand Ihrer aufgegriffenen Beispiele.

Die Hyperinflation von 1923 rührte aus den Entschädigungsbedingungen des Versailler Vertrages. Das teilweise Unvermögen des damals insolventen Deutschlands führte zu Zwangsmaßnahmen und Sperrung von Krediten, die zur Zahlung der Reparationen notwendig waren. Das etablierte die damalige Hyperinflation. Im Interesse der einfachen Bürger hätten alle beteiligten Staaten regulierend eingreifen können, nämlich einfach einen Stopp zu setzen.

Ebenso ist die Weltwirtschaftskrise 1929 kein zufälliges Szenario gewesen. Gerade in den USA, die Ende des 19. Jhts. durch John Shermans Antitrust-Act (2. Juli 1890) die Möglichkeit zu Kontrollmaßnahmen bewiesen, wäre die politische Verhinderung der kreditfinanzierten Aktienkäufe ab 1924 und deren plötzliche Kreditrückverlangung 1929 möglich gewesen. Wäre...

Seit 1609, insbesondere 1626, 1637 (Amsterdam); durch die physische Geldentwertung des Systems Wallenstein/ de Witt zwischen 1622 und 1630 (und natürlich weiterer Beispiele der folgenden Jahrhunderte); die manipulierte Darienpleite Schottlands 1700; die Südseeblase 1720 in Großbritannien (politisch eingeführt von Charles Spencer, 3. Earl of Sunderland und direkter Vorfahre Winston Churchills); Frankreichs Staatsbankrott im gleichen Jahr aus gleicher Situtaion heraus (14 Jahre spanischer Erbfolgekrieg konnten Frankreich finanziell nicht in die Knie zwingen, aber der bereits 1720 entschuldete Haushalt brach dann in einer manipulierten Papiergeldblase zusammen); der Börsenzusammenbruch in London am 20. Juni 1815 nach bewusstem Informationsszenario über den Stand und Ausgang der Schlacht

bei Waterloo (ähnlich den Divergenzen zwischen In- und Auslandspreise über Berichterstattungen aus Libyen und anderen Krisengebieten); durch den französischen Staatsbankrott 1818; der hintergrundgedeckten Verteilung von Rüstungs- und Kompensationsaufträgen und Staatsverschuldung während des Krimkrieges 1853 – 1856 in England, Frankreich und Österreich; die Weltwirtschaftskrise von 1857/ 58; 1897 USA; 1907 USA; 1929 – 1939 USA, waren Möglichkeiten des Eingreifens des Lernens für spätere Zwänge bebildert eingeführt. Das Land des Vergessens ist das Land der nicht gedeckten Währung.

Auf der anderen Seite konnten die Finanz- und Wirtschaftskrisen in Preußen nach dem 7-jährigen Krieg aus eigener Kraft ab 1763 kompensiert werden und der Staat im unternehmerischen Sinne und staatsgemeinschaftlich hervorragend reorganisiert werden. Ebenso konnten die Krisen 1873 und 1893, 1897 im deutschen Kaiserreich aus eigener Kraft zu stabilisierender Verbesserungen geführt werden (bemerkenswert hierbei die Sätze zur Einkommenssteuer zwischen 1,75 bis 3,5% - bitte hierzu keine Rüstungsausgaben anführen, denn die fielen in Krisenzeiten immer zuerst dem Rotstift anheim und die verfassungsgemäße Gesamtstärke des Heeres von 1% der Bevölkerung wurde mangels Finanzierungsmittel erst im Jahre 1913 geschafft). Auch bemerkenswert, dass das deutsche Kaiserreich den Ausfall von 100 Millionen Mark in Gold Kredit an Venezuela ohne Turbulenzen wegsteckte, deren Beitreibung die USA durch Androhung militärischer Zwangsmaßnahmen 1905 erfolgreich verhinderten. Die Wirtschafts-, Finanz- und Hungerkrisen zwischen 1919 und 1933 des Deutschen Reiches traten immer latent zu Tage und konnten zu keiner Zeit im Sinne einer zufriedenen Staatsgemeinschaft gelöst werden. Selbst die Krise von 1966/67 konnte in einer hervorragenden und mustergültigen Zusammenarbeit zwischen den Ministern Schiller (SPD) und Strauß (CSU) schnell konsolidiert werden. Deren damals aufgestellten Handhabungen werden heute allenthalben nicht mehr befolgt. Ich erinnere daran, dass Karl Schiller danach am 07.07.1972 sein Amt niederlegte, als das unnötige Schuldenmachen Einzug hielt. Hier ist es unnötig mit dem Finger auf die SPD zu zeigen, denn das beste Verschuldungsprogramm hat ohne Zweifel die Union unter Helmut Kohl mit der sog. „Wiedervereinigung“ bewerkstelligt, sozusagen das hemmungslose Öffnen des Scheunentores. Verantwortungslos waren alle miteinander.

Daß Zeiten sich ändern ist offenkundig, aber Werkzeuge und Mechanismen sind gleich geblieben.

Vielleicht mag meine Einschätzung hinsichtlich persönlicher Eigenschaften kontrovers ausfallen. Sollten gewählte Entscheidungsträger des Erinnerns, Wissens und Abstrahierens zugänglich sein? Sollte Demokratie nicht endlich mit seiner ureigenen sprachlichen Bedeutung uns einfachem Volke erklärt werden? Oder besser von uns eigenem Volke, im arbeitenden und unternehmerischen Gedanken friedfertig im gemeinschaftlichen Sinne aus- und durchgeführt werden? Oder sollte eingedenk des politischen Testaments Friedrichs des Großen hinsichtlich Währung, Geld und Verschuldung eine vermeintliche Demokratie eher einer absolutistischen Monarchie weichen?

Herr Heveling, Sie sind verheiratet und Vater, Sie sind Nachbar unter Nachbarn, von wem haben Sie sich wozu wählen lassen? Ich wünsche Ihnen Mut, Kraft und Ausdauer für diese wichtige Entscheidung. Herz und Verstand in die Hand!

Mit freundlichen Grüßen


Bernhard Klapdor